



NEIN! Keine Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Finanzminister Füracker und BBB-Chef Habermann informieren zu geplantem Gewaltschutzkonzept

Beschäftigte im öffentlichen Dienst werden bei ihrer Arbeit zunehmend mit psychischer oder physischer Gewalt konfrontiert. Dabei sind nicht nur Polizei, Feuerwehr oder Rettungskräfte betroffen. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber den Beschäftigten zum Problem geworden. Ein von BBB und Finanzministerium gemeinsam angestrebtes ressortübergreifendes Gewaltschutzkonzept soll sowohl präventive als auch nachsorgende Maßnahmen enthalten.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker wird, zusammen mit dem **Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes Rolf Habermann**, in einer Pressekonferenz zu den Entwicklungen beim Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst berichten

am Montag, den 18. November 2019, um 11:00 Uhr
im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
in München, Odeonsplatz 4, Großer Sitzungssaal L 134.

Wir bitten um Anmeldung an pressetermin@stmfh.bayern.de, Betreff „Gewaltschutz“.